Pressefoyer

Dienstag, 24. April 2018

Landeshauptmann Markus Wallner
Landesrat Christian Gantner
(Sicherheitsreferent der Vorarlberger Landesregierung)

Mit vollem Einsatz für die regionale Sicherheit

Mit vollem Einsatz für die regionale Sicherheit

Vorarlberg ist in jeder Hinsicht eine der sichersten Regionen in Europa, weil die zuständigen Behörden und Institutionen in einem gut funktionierenden Netz effizient zusammenarbeiten. Das hohe Maß an Sicherheit ist ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität im Lande, es muss aber ständig neu erarbeitet werden, betonen Landeshauptmann Markus Wallner und Landesrat Christian Gantner im Pressefoyer. "Deshalb setzen wir uns konsequent für die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer regionalen Sicherheitsstrukturen ein", so Wallner. In der Umsetzung des vor zwei Jahren zwischen Land und Innenministerium vereinbarten Sicherheitspakets geht es insbesondere um die Gewährleistung einer ausreichenden Personalstärke der Polizei. Weitere Schwerpunkte sind die wirksame Bekämpfung des illegalen Glücksspiels, die Einsatzfähigkeit des Bundesheers durch Aufstockung der im Land stationierten Kräfte sowie der Aufbau eines modernen Digitalfunknetzes für das Hilfs- und Rettungswesen.

Die Grundsäulen der Sicherheitsarchitektur in Vorarlberg sind

- Sicherheit braucht funktionsfähige regionale Strukturen
- Eine gute Aus- und Weiterbildung ist die Basis für ein hohes Maß an Sicherheit
- Sicherheit baut auf Einsatzbereitschaft, Kameradschaft und Zusammenarbeit auf
- Das Ehrenamt ist das große Kapital für die Sicherheit und die Lebensqualität im Land
- Klares Ja von Bund, Land und Gemeinden zu einer zeitgemäßen Infrastruktur und modernen Ausrüstung im Bereich der Hilfs-, Rettungs- und Einsatzorganisationen

Verbesserte Personalausstattung der Polizei

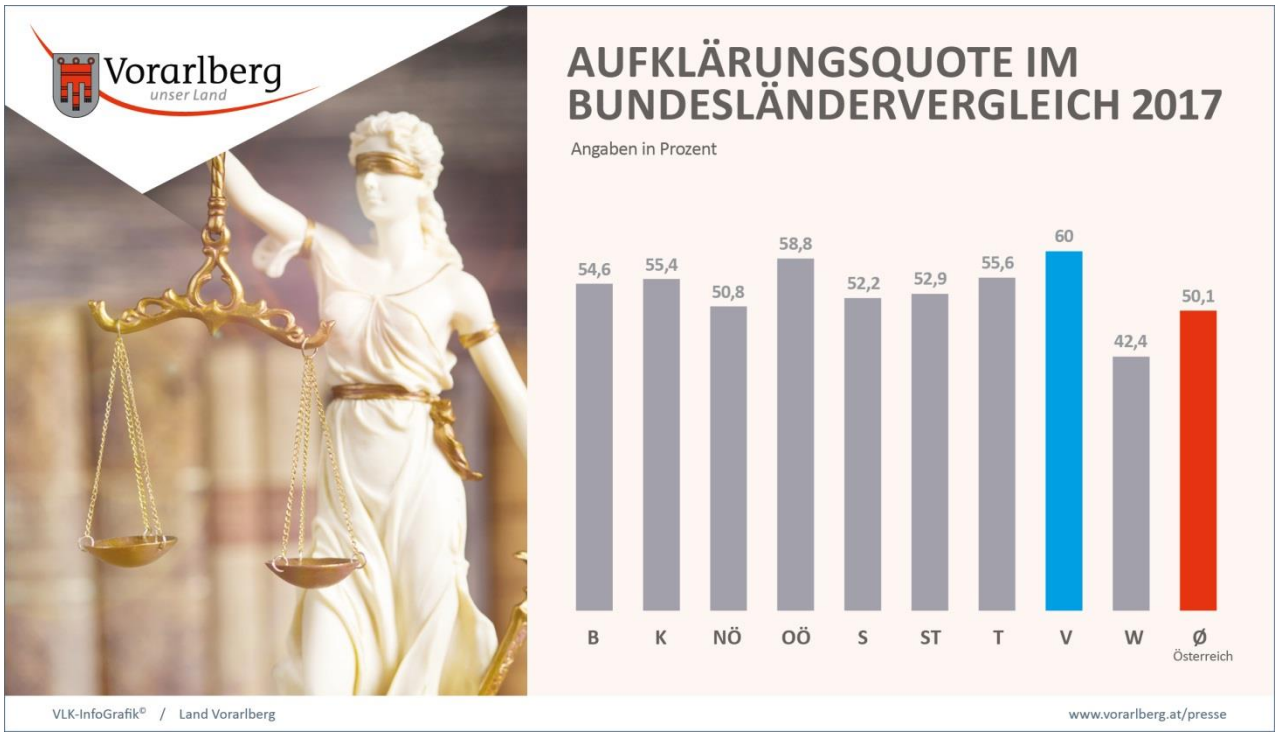
Vorarlberg ist das Bundesland mit der höchsten Aufklärungsquote (2017: 60 Prozent, zum Vergleich: 50 Prozent im Bundesschnitt). Auch die Bürgernähe im Rahmen der Initiative "GEMEINSAM.Sicher in Vorarlberg" trägt dazu bei, dass die Polizei hohes Vertrauen in der Vorarlberger Bevölkerung genießt.

Damit das weiterhin gelingt, wird angesichts wachsender Aufgaben die Aufstockung des Personalstandes bei der Polizei kontinuierlich vorangetrieben. Derzeit umfasst der Exekutivdienst in Vorarlberg 917 Planstellen. Weitere 133 sind bis 2020 notwendig. 149 Polizeischülerinnen und -schüler befinden sich aktuell im Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Feldkirch in Ausbildung. In den Jahren 2016 und 2017 haben drei Kurse begonnen, auch für 2018 ist für Juli bereits ein weiterer Kurs fixiert.

"Weiterhin müssen jährlich 70-80 Polizeischülerinnen und -schüler ausgebildet werden. Unser Ziel ist die Aufstockung der Exekutive auf künftig 1.050 Planstellen", sagt Landesrat Gantner.

Damit ausreichend geeignete Bewerber aus allen Landesteilen für die Polizeiarbeit gewonnen werden, unterstützt das Land in Absprache mit der Landespolizeidirektion die Teilnahme am Vorbereitungskurs der Volkshochschule Götzis für die Polizei-Aufnahmeprüfung durch Übernahme von bis zu 80 Prozent der Kurskosten (2018 in Summe ca. 24.000 Euro).

Auch die Führungs- und fachspezifische Kompetenz der Polizeikräfte wird konsequent gestärkt. Jährlich werden zumindest zehn Ausbildungsplätze für dienstführende Polizeibeamte gewährt.



Kein Gastrecht für Kriminelle: Laut Auskunft des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl werden bei Straffälligkeit von Asylwerbenden und deren rechtskräftige Verurteilung durch Gerichte, entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, Verfahren zum Ausschluss bzw. zum Aberkennen des Asylstatus geführt. Durch die Fremdenrechtsnovelle 2018 ist grundsätzlich gewährleistet, dass verurteilte ausländische Straftäter nicht mehr auf freien Fuß kommen, sondern in weiterer Folge außer Landes gebracht werden.

Fortsetzung der Bauoffensive: Die Verträge hinsichtlich der Errichtung der Polizeiinspektion Dornbirn sind unterfertigt. Die Generalsanierung des Verkehrskontrollplatzes in Nüziders ist erfolgt. Hinsichtlich der Errichtung eines Verkehrskontrollplatzes in Lauterach ist derzeit die ASFINAG am Zug (Bauverfahren liegt beim Verfassungsgerichtshof). Bezüglich der Einrichtung einer Einsatztrainingshalle sind entsprechende Gespräche mit der Gemeinde Koblach positiv geführt worden.

Die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit der Wasserrettung wird derzeit weiter geprüft.

Unterstützung durch den Polizeihubschrauber: Die Zusammenarbeit mit dem Polizeihubschrauber ist ausgezeichnet – LR Gantner: „Dies haben gerade die aktuellen Waldbrandereignisse gezeigt“.

Schwerpunkt Präventionsarbeit: Durch das Projekt „Gemeinsam Sicher“ des Bundesministeriums für Inneres soll die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei im Mittelpunkt stehen. Durch eine Änderung der Wohnbauförderungsrichtlinie wurde ein Anreiz zur Schaffung für einbruchshemmende Maßnahmen vorgenommen.

Öffentliche Gesundheitsaufgaben im polizeilichen Vollzug: Der seit November 2015 im Probebetrieb befindliche Ärztebereitschaftsdienst NEU wurde entsprechend weiterentwickelt. So wurde zwischenzeitlich der Bereitschaftsdienst auf drei Regionen ausgeweitet.

Polizeianhaltezentrum: Hinsichtlich des Polizeianhaltezentrums wurde im Jänner 2017 mit dem Bundesministerium für Inneres eine neue Vereinbarung über die Errichtung, die Erhaltung und den Betrieb von Hafträumlichkeiten in Vorarlberg für die Dauer von 15 Jahren abgeschlossen.

Erfolgreiche Bekämpfung des illegalen Glücksspiels

Die Bekämpfung des illegalen Glücksspiels wird auch heuer ein Schwerpunkt der Sicherheitsarbeit in Vorarlberg. Im Rahmen der "SOKO illegales Glücksspiel Vorarlberg" wird die enge Zusammenarbeit von Polizei, Finanzpolizei und Bezirkshauptmannschaften nochmals intensiviert, um die zur Verfügung stehenden Kräfte optimal zu bündeln.

Das strenge Vorgehen zeigt Wirkung: Im Jahr 2017 wurden von den Bezirkshauptmannschaften aufgrund von Kontrollen der Bezirkshauptmannschaften, der Polizei und Finanzpolizei 24 Betriebsschließungen vorgenommen. Insgesamt 235 Glückspielautomaten und fünf Wettautomaten wurden beschlagnahmt.

Auch heuer kann die Exekutive schon beträchtliche Erfolge vorweisen. Seit Jahresbeginn wurden 53 Kontrollen nach dem Glückspiel- und dem Wettengesetz durchgeführt. Das Ergebnis: sechs Betriebsschließungen, 17 angedrohte Schließungen und zwölf beschlagnahmte Glücksspielgeräte.

"Nicht nur aus sicherheitspolizeilichen Gründen, sondern vor allem auch aus gesellschaftspolitischer Sicht und im Interesse des Spielerschutzes werden die Kontrollen durch die zuständigen Behörden und Polizeiorganen konsequent weitergeführt", so Landesrat Gantner.

Zukunftsorientierte Weiterentwicklung und Aufwertung des Bundesheers

Dass es im letzten Jahr gelungen ist, eine bereits eingeleitete Schwächung der Bundesheer-Einsatzfähigkeit zu stoppen und die Weichen wieder in die andere Richtung zu stellen, sorgt bei Landeshauptmann Wallner für Erleichterung: "Das ist gerade auch durch den beharrlichen Widerstand aus Vorarlberg, der von vielen Schultern getragen war, möglich geworden. Im Schulterschluss konnte der Weg für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung geebnet werden."

Die vereinbarte Bundesheer-Stärkung in Vorarlberg umfasst ein eigenständiges Jägerbataillon 23 in der Walgau-Kaserne mit einer Kampfunterstützungskompanie und einer zusätzlichen vierten Kompanie sowie ein Militärkommando mit klarer Zuständigkeit für die regionale Truppenführung und Miliz samt spielfähiger Militärmusik. Damit verbunden ist nicht zuletzt auch eine deutliche Aufwertung als Arbeitgeber.

Dass die Aufstockung der im Land stationierten Bundesheerkräfte sowie der Ausbau der Militärmusik zu vormaliger Stärke nicht schneller vonstattengehen, führt Wallner auf die damaligen tiefen Einschnitte zurück: "Jetzt muss mühsam wieder auf- und ausgebaut werden, was durch einen einzigen falschen Federstrich angerichtet wurde. Einmal mehr zeigt sich, wie gefährlich es sein kann, wenn bewährte Strukturen ausgedünnt und zerschlagen werden".

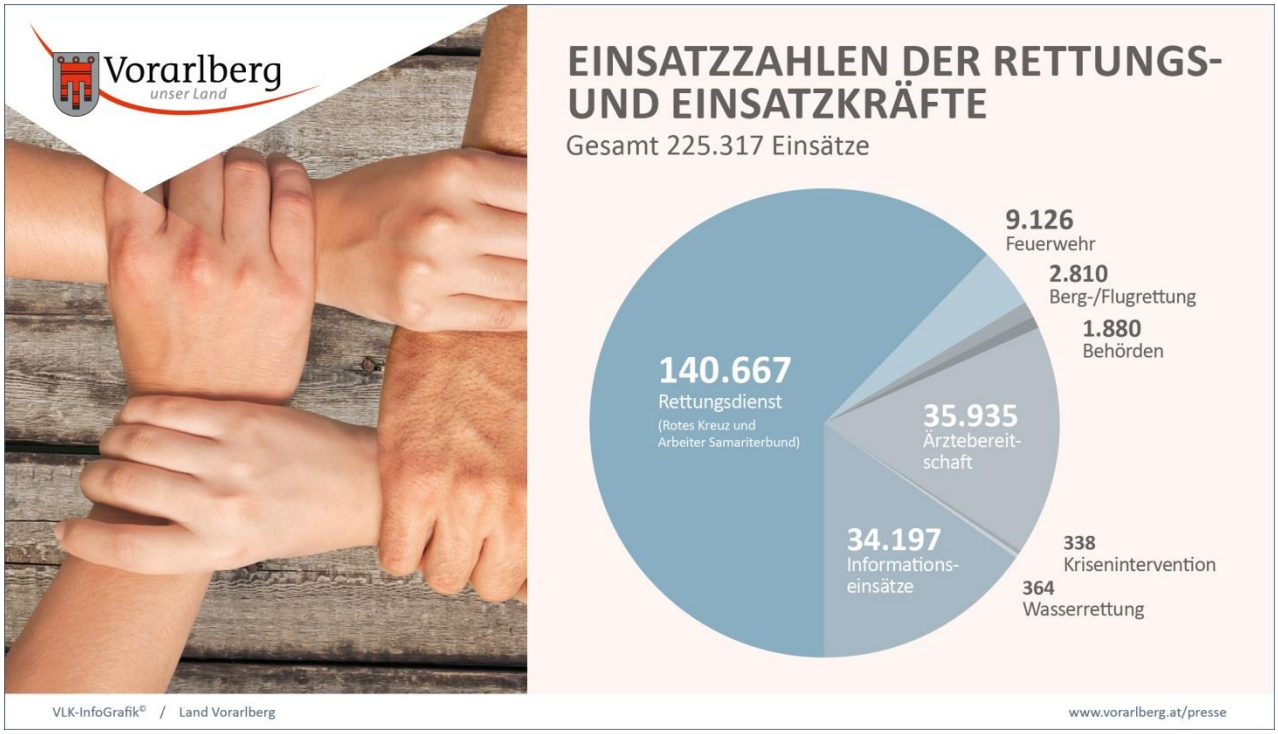
Moderne Kommunikationssysteme für Hilfs- und Rettungseinsätze

Entsprechend der im Jänner 2017 getroffenen Vereinbarung zwischen dem Land Vorarlberg, den Vorarlberger Gemeinden und dem Innenministerium zum Aufbau und Betrieb eines Digitalfunknetzes in Vorarlberg werden Land und Gemeinden gemeinsam rund 16,5 Millionen Euro aufbringen, etwa in derselben Größenordnung wird auch der Bund investieren.

"Es ist ein zentrales Anliegen des Landes, für alle Einsatzkräfte jene Rahmenbedingungen zu schaffen und jene Werkzeuge bereitzustellen, damit für die Bevölkerung bestmögliche Sicherheitsarbeit geleistet werden kann", betont LH Wallner.

Mit dem Aufbau des "Digitalfunks BOS Austria" im Rahmen eines mehrjährigen Programms (2016 bis 2021) wollen der Bund und die Länder österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem einrichten. Dazu ist es auch erforderlich, die zwei landesweiten Kommunikationssysteme (Alarmierungs- und Bündelfunksystem), welche für die BOS Organisationen (Feuerwehr, Rotes Kreuz, Bergrettung, Wasserrettung, Krisenineterventionsteam) zur erfolgreichen Einsatzabwicklung auch für den Katastrophenfall von entscheidender Bedeutung sind, zu erneuern.

Was das Digitalfunk-Projekt für Vorarlberg bedeutet, lässt sich aus folgenden Zahlen ermessen: Im Jahr 2017 wurden in der Rettungs- und Feuerwehrleitstelle (RFL) mehr als 225.000 Einsätze bearbeitet – fast 620 Einsätze pro Tag.



An die Gemeinden werden im Jahr 2018 Beiträge aus dem Landesfeuerwehrfonds für feuerpolizeiliche Aufwendungen in der Höhe von insgesamt über 1,8 Millionen Euro gewährt. Zusätzlich fließen aus dem Katastrophenfonds gut 1,6 Millionen Euro.

Ferner werden an den Landesfeuerwehrverband und die Brandverhütungsstelle aus dem Landesfeuerwehr- bzw. Katastrophenfonds 2,7 Millionen Euro zur Durchführung ihrer Aufgaben ausbezahlt.

Für die Hilfs- und Rettungsorganisationen werden heuer insgesamt über 7,1 Millionen Euro aus dem Rettungsfonds zur Verfügung gestellt. Die Aufwendungen des Rettungsfonds werden durch das Land mit 60 Prozent und die Gemeinden mit 40 Prozent abgedeckt.

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg
Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse
presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095
Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar